



Stadt Kamen

Niederschrift

FS

über die
1. Sitzung des Familien- und Sozialausschusses
am Donnerstag, dem 25.04.2013
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:45 Uhr
Ende: 18:50 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Norbert Drüke
Frau Petra Hartig
Frau Regina Lenkenhoff
Frau Annette Mann
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Hermann Puls
Herr Bernhard van Oosten

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Ingo Kress

FDP

Frau Ursula Oertel

DIE LINKE / GAL

Frau Gabriele Lenkenhoff

Verwaltung

Herr Jörg Grudnio
Herr Jörg Mösger
Herr Willi Präkelt
Herr Christian Völkel

Gäste

Herr Ringelsiep, Jobcenter Kreis Unna
Herr Zude, Werkstatt Unna

Entschuldigt fehlten

Frau Christel Ciecior

Frau Alexandra Cramer
 Frau Britta Dreher
 Herr Kaya Gercek
 Herr Franz Hugo Weber
 Frau Bettina Werning
 Frau Katharina Werning

Frau **Mann** eröffnete die Sitzung um 16.45 Uhr. Sie stellte fest, dass die Tagesordnung form- und fristgerecht zugegangen sei. Änderungswünsche lägen nicht vor. Sie wies auf die Möglichkeit hin, in zukünftigen Sitzungen eine Einwohnerfragestunde abzuhalten und übergab zur Erläuterung das Wort an Herrn Mösgen.

Herr **Mösgen** wies darauf hin, dass der Rat sich dafür ausgesprochen hat, als jeweiligen Tagesordnungspunkt 1 im öffentlichen Sitzungsteil eine Einwohnerfragestunde durchzuführen. Damit diese Fragestunde auch im Behindertenbeirat stattfinden könne, müsse ein förmlicher Beschluss gefasst werden. Den teilnehmenden Bürgern solle dann das Recht auf jeweils eine Frage und zwei im Zusammenhang stehende Zusatzfragen eingeräumt werden.

Frau **Mann** bat die Mitglieder darum, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Familien- und Sozialausschuss beschließt, dass für die gesamte Wahlperiode eine Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung des Ausschusses aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Bericht zum Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters für das Jahr 2013 Referent: Herr Ringelsiep	
3	Bericht zum Stand der Produktionsschule in Kamen Referent: Herr Zude	
4	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Zu TOP 2.

Bericht zum Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters für das Jahr 2013
Referent: Herr Ringelsiep

Herr **Ringelsiep** wies einleitend darauf hin, dass das Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters offiziell erst Anfang Mai vorgestellt würde. Wie des Öfteren in den letzten Jahren müsse er die Lage bezogen auf Kamen als schwierig bezeichnen. Die Arbeitslosigkeit sei um 4,6 % angestiegen. Das Jobcenter hatte im März 1806 Kunden aus Kamen zu betreuen. Diese hohe Zahl sei auch der schlechten Witterungslage im I. Quartal 2013 geschuldet, da diese ein großes Vermittlungshemmnis darstelle. Zudem sei nach seiner Einschätzung auf dem Arbeitsmarkt eine leichte Eintrübung zu verzeichnen. Auch private Arbeitsvermittler hatten unter den Vermittlungshemmnissen zu leiden. Seit April habe sich die Lage jedoch gebessert und die Vermittlungszahlen seien erstmals im Jahre 2013 zufriedenstellend.

In Bezug auf die Kostensituation teilte Herr **Ringelsiep** mit, dass das Jobcenter im Dezember 2012 811.000 € für Kamener Kunden an Unterkunftskosten, die ja bekanntlich den kommunalen Kostenanteil darstellen würden, aufgebracht habe. Dieser Betrag würde jedoch in den Monaten Januar und Februar deutlich ansteigen, da durch den strengen Winter die Nebenkostenabrechnungen Mehrausgaben verursachen würden.

Das Arbeitsmarktprogramm sei wie immer gekennzeichnet durch die Erwartungen der Träger. Die des Bundes seien durch Vorgaben für die Vermittlungstätigkeit gekennzeichnet; großes Augenmerk solle auf die Vermittlung von langzeitbetreuten Kunden gerichtet werden. Der Kreis erwarte vom Jobcenter geringe Ausgabensteigerungen sowie verstärktes Ausschöpfen der SGB II-bezogenen Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket.

Für das Jobcenter selbst sei die Behebung des Fachkräftemangels in den Fokus der Betrachtung gezogen worden. Anhand der Kundenstruktur lasse sich zweifelsfrei feststellen, dass Fachkräfte sehr schnell aus einem Leistungsbezug ausscheiden würden.

Eines der Haupthandlungsfelder sehe er weiterhin in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die sich 2011 auf einem historischen Tiefstand bewegte. Es müsse von vornherein verhindert werden, dass die jungen Menschen in eine Abwärtsspirale gelangen würden.

Herr **Ringelsiep** wies darauf hin, dass das Handlungsfeld „Erschließen von Marktchancen“ für ALG-II-Bezieher häufig in Zusammenarbeit mit Zeitarbeitsfirmen gelinge. In diesem Zusammenhang sprach er die laut gewordene Kritik an einem großen Logistikunternehmen in Werne an. Gerade Hilfskräften würde hier eine Chance für einen Wiedereinstieg geboten. Die Zusammenarbeit zwischen dieser Firma und dem Jobcenter sei gut und wichtig, und er halte die Kritik für überzogen. Er prognostiziere, dass am Ende des Jahres die durchschnittliche Kundenzahl des Jobcenters höher liegen werde als im Jahr 2012. Auch und gerade deshalb sei er dankbar für

jede Vermittlungsmöglichkeit.

Im Nachgang wandte sich Herr **Ringelsiep** den konkreten Maßnahmen für das Jahr 2013 zu. Der Schwerpunkt solle hier auf der Förderung der beruflichen Weiterbildung liegen. 20% der verfügbaren Mittel für Eingliederungsleistungen werden hier aufgewendet. Insgesamt ständen ca. 20 Mio € für Eingliederungsmaßnahmen zur Verfügung; auch diese Mittel seien im Vergleich zum Vorjahr beschnitten worden. Speziell in die zukunftssträchtigen Bereiche Pflege/Erziehung solle hier investiert werden.

Erfolgsmöglichkeiten böten sich auch bei der Förderung des Handwerks. Hier könne man der hiesigen Strukturschwäche in Bezug auf das Fehlen von großen Industriebetrieben, speziell Metallbetrieben, entgegenwirken. Lohnend erscheinen ihm weiterhin von Arbeitgebern durchgeführte Maßnahmen (wie z.B. Praktika), die zwar teilweise bezuschusst und in der Gesellschaft mit Vorbehalt betrachtet würden, aber nach seiner Erfahrung seien die häufig erfolgreich. In diesem Zusammenhang wies Herr Ringelsiep darauf hin, dass 50% der seitens des Jobcenters als schlecht qualifiziert eingestuft Kunden sich selbst eine Stelle in diesem Segment gesucht haben.

Das in der Vergangenheit eingesetzte Instrument „Arbeitsgelegenheit“ wolle man zurückfahren.

Die Beschäftigung in 1-€-Jobs habe nur ganz selten zu einer Arbeitsaufnahme geführt und werde daher um 40% zurückgefahren. Ein anderer Mitteleinsatz erscheine sinnvoller.

So solle zum Beispiel ein Sonderprojekt gestartet werden, das vorsieht, die Erstausbildung von jungen Erwachsenen im Alter von 25 – 35 Jahren zu fördern. Jeder Kamener Kunde würde hierzu befragt. Vor der Aufnahme in das Projekt würde eine Prüfung stattfinden, an der unter anderem Psychologen beteiligt wären. Dies geschehe auch vor dem Hintergrund der hohen Kosten für einen Ausbildungsplatz, die Herr **Ringelsiep** mit rund 1.000 € pro Monat bezifferte. Kreisweit sollen 165 Maßnahmen durchgeführt werden, für Kamen würden 100 Plätze anfallen.

Spezielle Zielgruppen für Maßnahmen seien Frauen, Jugendliche sowie Migranten. Speziell bei den Personen mit Migrationshintergrund sei ein Anstieg der Arbeitslosenquote zu verzeichnen. Problematisch sei weiterhin die Feststellung, dass der Eintritt in den Leistungsbezug häufig einhergehe mit einer langen Verweildauer. Vor diesem Hintergrund sollen u.a. 2 neue Vermittler mit russischen Sprachkenntnissen eingesetzt werden, die Arbeitsplätze bei Arbeitgebern mit Migrationshintergrund akquirieren sollen. Nicht zuletzt wolle man die Kooperation zwischen den beteiligten Akteuren Jobcenter, Agentur sowie Jugendamt verbessern. Das entsprechende Pilotprojekt in Selm laufe gut und solle nach Möglichkeit auch in Kamen realisiert werden. Im Jahr 2013 sollen weitere 24 Vermittler eingesetzt werden. Weiteres Augenmerk solle auf die Mitarbeiterqualifizierung gelegt werden. Dies erfolge auch vor dem Hintergrund, dass man zunehmend Kunden mit psychologischen Problemen zu betreuen habe.

Frau **Hartig** dankte für den Vortrag, der wie eigentlich immer keine rosigen Perspektiven aufgezeigt habe. Sie empfände die Umverteilung von Aufgabenschwerpunkten als richtig. Gefehlt hätten ihr in dem Vortrag spezielle Maßnahmen für Frauen und im Besonderen für Alleinerziehende.

Herr **Ringelsiep** erwiderte, dass die Aussichten für dieses Jahr wirklich nicht gut seien. Er wies darauf hin, dass das im letzten Jahr aufgelegte Bundesprojekt für Alleinerziehende ausgelaufen sei. Das Jobcenter würde es jedoch in Eigenregie fortführen. Dies erfolge sogar im vergrößerten Umfang. Kreisweit würden rund 200 Frauen partizipieren.

Spezielle Frauenprogramme würden nicht aufgelegt. Er wies jedoch darauf hin, dass Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosenquote an

Maßnahmen teilhaben würden. Eine ansteigende Arbeitslosigkeit ziehe daher auch eine stärkere Partizipation von Frauen nach sich.

Frau **Lenkenhoff** äußerte Kritik an der hohen Vermittlungsquote zu dem angesprochenen Werner Unternehmen. Es handle sich hier um Zeitarbeit, die zudem noch schlecht bezahlt sei, sodass die betroffenen Personen häufig noch Aufstockungsleistungen durch das Jobcenter in Anspruch nehmen müssten. Weiterhin äußerte sie Kritik an der Ableistung von Praktika. Der Arbeitgeber erhalte für 4 – 6 Wochen unentgeltlich eine Arbeitskraft, die zudem noch weiterhin Zahlungen seitens des Jobcenters in Anspruch nehmen müsse. Außerdem interessierte sie die Aufgabenstellung der Psychologen im Zusammenhang mit dem Projekt Erstausbildung für junge Erwachsene. Ebenfalls merkte sie an, dass sie eigentlich erwartet hätte, dass Schulungen der Mitarbeiter für ihr sensibles Aufgabenfeld bereits seit 2005 stattfinden würden.

Herr **Eisenhardt** merkte an, dass er sich eine andere Vortragsstruktur wie z.B. mittels einer Powerpointpräsentation gewünscht hätte. Weiterhin würden ihn Statistiken über die Vermittlungsquoten von Leiharbeitsfirmen in feste Arbeitsverhältnisse interessieren. Zudem könne er sich nur schwer vorstellen, wie ein Psychologe die Eignung für ein bestimmtes Berufsbild feststellen könne, von dem der Bewerber keinerlei Vorstellung habe.

Frau **Müller** zeigte sich irritiert über die Aussage des Herrn Ringelsiep, dass im Jahresdurchschnitt die Zahl der Kunden des Jobcenters im Vergleich zum Vorjahr steigen würde. Sie habe das der Presse anders entnommen. Weiterhin fragte sie nach, warum angesichts der hohen Arbeitslosenquote der Migranten erst jetzt 2 Vermittler mit Migrationshintergrund beschäftigt würden.

Herr **Ringelsiep** wies darauf hin, dass das Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters erst Anfang Mai der Öffentlichkeit vorgestellt würde und er daher nicht schon im Vorgriff Präsentationen zugänglich machen wollte.

In Bezug auf die Kritik an der Zeitarbeit äußerte Herr Ringelsiep, dass die seitens der Presse publizierten krassen Lohndumpingfälle nicht in dieser Region zu verzeichnen gewesen wären. Weiterhin spiele das Jobcenter beim Eingehen von Zeitarbeitsverhältnissen keine aktive Rolle. Die Vermittlungen an den großen Logistiker in Werne seien allesamt ohne das Mitwirken von Zeitarbeitsfirmen erfolgt.

Zur Ableistung von für Arbeitgeber kostenfreien Praktika teilte er mit, dass weitere Zahlungen als der persönliche Regelsatz an die Kunden nicht erfolgen würden. Der Gesetzgeber sehe aber diese Maßnahmen vor und sie seien erfolgreich. Die Kritik von Frau Lenkenhoff teile er bedingt. Weiter verwies er darauf, dass Arbeitgeber, die die Praktika durch mehrfache Inanspruchnahme missbrauchen würden, sofort von weiteren Zuteilungen ausgeschlossen würden.

Zur Inanspruchnahme des psychologischen Dienstes bei der Rekrutierung von Bewerbern für die Erstausbildung von 25 – 35-jährigen teilte er mit, dass Personen dieses Alters durchaus schon einen Lebenslauf hinter sich hätten und diesen wolle man in bestimmten Fällen aufhellen. Stellten die Vermittler von vornherein die Tauglichkeit für eine Branche fest, gebe es keinesfalls die Prüfung durch den Psychologen. Reihenuntersuchungen seien erst recht nicht geplant.

In Bezug auf die Schulungen der Mitarbeiter teilte er mit, dass natürlich schon immer geschult worden sei. Hier handele es sich um spezielle vorbeugende Maßnahmen im Deeskalationsbereich. Die Mitarbeiter seien aber bereits vorbereitet.

Weiterhin seien im Jobcenter bereits viele Personen mit Migrationshintergrund tätig. Die von ihm avisierten 2 Mitarbeiter mit Migrationshintergrund seien die ersten im Arbeitgeberservice. Es handle sich um hochqualifizierte

Personen mit Hochschulabschluss.

Zahlenmaterial in Bezug auf Vermittlungsquoten von Leiharbeitsfirmen liege ihm nicht vor. Dies müsse bei Bedarf über die Arbeitsagentur beschafft werden.

Das von der Presse publizierte Sinken der Arbeitslosigkeit im Jahresmittel möge vielleicht für den Bund zutreffen. Nach den ihm vorliegenden Erkenntnissen werde das für den Kreis Unna nicht eintreten; er lasse sich in diesem Fall jedoch gern eines Besseren belehren.

Frau **Lenkenhoff** erkundigte sich, ob das Jobcenter in Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeitsquote bei den Migranten mit dem multikulturellen Forum zusammenarbeite. Weiterhin erkundigte sie sich nach der Joboffensive 50+. Hier seien in der Vergangenheit enorme Beträge investiert worden; das scheine jetzt offensichtlich nicht mehr so zu sein.

Herr Ringelsiep erwiderte, dass man eng mit dem Forum zusammenarbeite; es genieße jedoch kein Alleinstellungsmerkmal. Das Programm 50+ sei ein Bundesprogramm und laufe weiter.

20 Personen seien damit weiterhin beschäftigt. Das Jobcenter werde dort zurzeit nicht in Eigeninitiative tätig.

Zu TOP 3.

Bericht zum Stand der Produktionsschule in Kamen

Referent: Herr Zude

Herr **Zude** referierte anhand einer der Niederschrift in Kopie beigefügten Powerpointpräsentation.

Anhand eines Schaubildes stellte Herr **Zude** den Aufbau der Werkstatt Unna samt den beteiligten Gesellschaften vor. Die Werkstatt wurde vor rd. 30 Jahren gegründet und als Handlungsauftrag sehe man das Kümmern um benachteiligte Menschen. Finanziert werde man u.a. durch Regelzuschüsse von 7 kreisangehörigen Kommunen. Als Zielgruppen habe man besonders benachteiligte Jugendliche und Erwachsene mit unterschiedlichen Problemlagen ins Auge gefasst. In der Vergangenheit habe man auch ein Frauenqualifizierungszentrum betrieben, dessen Betrieb jedoch aus Kostengründen eingestellt werden musste. Das Angebotsspektrum erstreckte sich von der Beratung über Bildung bis zur Beschäftigung. In Bezug auf die von ihm vorgestellten Arbeitsschwerpunkte wies er im Besonderen auf die erst seit ca. 5 Jahren geleistete Arbeit der Prävention im Übergangssystem hin. Hier habe man ein Bindeglied zwischen Schulabschluss und Übergang in das Berufsleben schaffen wollen.

Derzeit biete die Werkstatt rd. 1.450 Teilnehmerplätze an. Naturgemäß gebe es bei der Frequentierung einen hohen Fluktuationsgrad.

Im Nachgang stellte Herr **Zude** Zahlenmaterial zur Jugendberufsnot im Kreis Unna vor. Im Besonderen wies er auf das ungünstige Verhältnis von Stellen- zu Bewerberzahl hin. Der Kreis Unna weise hier einen Wert von 0,71 aus. Dieser Wert sei vergleichbar mit den strukturschwachen Regionen in den neuen Bundesländern. Die Stadt Münster weise zum Vergleich einen Wert von 1,5 vor. Der Zustand auf dem Ausbildungsmarkt sei zur Zeit derart schlecht, dass lediglich 18% der Schulabgänger der Sekundarstufe I einen regulären Ausbildungsplatz erhalten würden. Bemerkenswert und bedenklich sei zudem, dass 17% der Jugendlichen eines Jahrgangs dauerhaft ohne Berufsabschluss bleiben würden.

Anhand eines weiteren Schaubildes erläuterte Herr **Zude** die auf dem Gebiet des Übergangssystems handelnden Akteure, die jeweiligen Förderge-

ber und die Anzahl der angebotenen Plätze im Jahre 2010. Von den kreisweit angebotenen 2208 Plätzen entfielen 110 auf die im Kreisgebiet ansässigen Produktionsschulen, deren Fördergeber das Jobcenter war. Die Regelangebote dieser Akteure erreichen jedoch einen Teil der Jugendlichen aus unterschiedlichen Gründen nicht. Zum Einen werden sie, wie bei den Jugendwerkstätten, die nur maximal 44 Schüler aufnehmen können, nicht flächendeckend angeboten, zum Anderen überfordern sie die Klientel durch zu rigide Vorgaben, wie es nach seiner Einschätzung bei den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der BA der Fall sei.

Notwendig seien Maßnahmen, die keinen Schulcharakter mehr haben, um der Schulmüdigkeit zu entgehen und noch nicht die Anforderung des Arbeitsbetriebs stellen, da die Teilnehmer hierfür noch nicht geformt seien. An diesen Überlegungen setzen Produktionsschulen an. Anhand weiterer Schaubilder erläuterte Herr **Zude** Wurzeln, Handlungsansätze und Leitbilder der Produktionsschulen.

Der pädagogische Rahmen sei geprägt dadurch, dass den Teilnehmern sowohl Anleiter als auch Pädagogen zur Verfügung stünden. Praxis und Theorie werden so verknüpft, dass die Teilnehmer im Rahmen ihrer Tätigkeit die Notwendigkeit des Erlernens von theoretischem (schulischem) Wissen erkennen.

Anschließend schilderte Herr **Zude** den im Idealfall vier Phasen umfassenden Projektablauf. Besonders wies er darauf hin, dass in der ersten sogenannten Einschleusungsphase, die vier Wochen andauert, den Jugendlichen die Möglichkeit offensteht diese abubrechen, ohne dass sie seitens des Jobcenters sanktioniert würden.

Mittels einer weiteren Folie stellte er die derzeit 5 Produktionsbereiche im Kreisgebiet vor. Besonders hob er hervor, dass hier nicht für den Müll erzeugt würde, sondern es sich um tatsächliche Produktion handle. Herr **Zude** stellt noch einmal Eckpunkte aus dem Jahre 2006 vor. Damals konnte man in 4 Werkstattbereichen 48 Jugendliche betreuen. Heute würden allein in Kamen 28 Jugendliche in den Bereichen Holz und Metall betreut. Die seinerzeit auferlegte Beschränkung, dass man Aufträge nur von öffentlichen oder gemeinnützigen Einrichtungen entgegennehmen könne, habe heute noch Gültigkeit. Die Zielgruppen der Produktionsschulen benannte er anhand einer weiteren Übersicht. Insgesamt sei die Klientel eine besonders schwierige, die häufig noch mit mehreren Problemlagen behaftet sei. Teilweise lägen gravierende psychische Beeinträchtigungen vor, die die Produktionsschule dazu veranlasst hätten, die Hilfe von Psychologen in Anspruch zu nehmen. Entsprechende Mittel seien auch seitens des Landschaftverbandes Westfalen-Lippe bewilligt worden. Eine Auswertung über einen Zeitraum von 5 Jahren habe ergeben, dass leider 55% der Absolventen die Produktionsschule erfolglos in dem Sinne, dass sie keinen Übergang finden, besucht haben.

Derzeit gebe es in Deutschland über 100 Produktionsschulen mit unterschiedlichen Finanzierungsmodellen. Hier im Kreis Unna gehöre die Teilnahme an einer Maßnahme der Produktionsschule zum Regelangebot des Jobcenters und werde über die 1-€-Jobs finanziert. Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter sei eine enge und vertrauensvolle.

Seit dem 01.01.2013 ist jedoch ein seitens der Bundesagentur für Arbeit entwickeltes Fachkonzept für „Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen mit produktionsorientiertem Ansatz (BvB-Pro)“ in Kraft getreten. Besonders problematisch an diesem Konzept sei nach Einschätzung des Herrn **Zude** das dort verankerte höhere Anforderungsprofil an die Teilnehmer von Maßnahmen der Produktionsschulen. Sollte dieses Konzept so angewendet werden fielen nach seiner Auffassung genau die Personen, denen die Produktionsschulen helfen wolle, durch das Raster.

Es bestünde hier jedoch noch Hoffnung, da Bundesregierung und Bundesländer auf die BA einwirken wollen mit dem Ziel, dass die BA im Sinne größerer Flexibilität passgenauere Lösungen vor Ort erarbeiten solle. Weiterhin erfolge eine Finanzierung durch die BA nur, wenn sich Dritte (z.B. Länder oder Kommunen) mit mindestens fünfzig Prozent an den Kosten beteiligen würde.

Frau **Lenkenhoff** verwies auf den letzten Besuch des Herrn Zude. Zum damaligen Zeitpunkt hatten nach ihrer Erinnerung nur 11,12 Produktionsschüler durchgehalten. Jetzt seien es 28 Kamener. Das wertete sie als eine gute Zahl. Sie dankte Herrn **Zude** für die ambitionierte Arbeit und wünschte für die Zukunft weiterhin alles Gute.

Frau **Müller** wies auf die Anfänge der Produktionsschule in Kamen hin. Sie sei damals schon begeistert gewesen und sei es auch heute noch. Sorge bereite ihr das von Herrn Zude vorgestellte neue Finanzierungsmodell und sie stelle sich die Frage, ob da nicht etwas wegbrechen könne.

Herr **Zude** erwiderte, dass er bei einer Trägerschaft/Finanzierung durch die BA große Bedenken habe.

Frau **Hartig** fragte nach, wo genau er die Schwierigkeiten sehe.

Herr **Zude** erläuterte, dass die Finanzierung in Nordrhein-Westfalen zu 60% durch das Land und zu 40% durch den Bund, also die Bundesagentur, erfolge. Und diese werde natürlich auf Beachtung ihrer Vorgaben dringen, was dazu führen könnte, dass genau die von der Produktionsschule gewünschten Personen eben nicht mehr gefördert werden könnten

Abschließend wies Herr **Zude** darauf hin, dass im Jahr 2013 kreisweit 110 Plätze in den Produktionsschulen zur Verfügung stehen würden. Ab dem Jahr 2014 müsse man bei der landeseigenen Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH Interessensbekundungen in Bezug auf die Maßnahmenzahl abgeben. Diese Gesellschaft entscheide dann.

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr **Völkel** teilte mit, dass er aufgrund einer anderweitigen Aufgabenübertragung innerhalb des Rathauses heute letztmalig an einer Sitzung des Familien- und Sozialausschusses teilnehmen würde. Frau **Mann** bedankte sich für die langjährige, vertrauensvolle Zusammenarbeit.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine.

gez. Mann
Vorsitzende

gez. Grudnio
Schriftführer